

Soziale Schieflagen der Kultur sind systemimmanent

Kulturförderung muss sozial-gerecht, divers, nachhaltig und fair sein



Simone Barrientos, MdB, ist kulturpolitische Sprecherin für die Bundestagsfraktion »Die Linke« sowie Obfrau im Ausschuss Kultur und Medien

Foto: Olaf Krostitz/Linksfraktion

KuMi: Wie nehmen Sie die kulturpolitische Situation auf der Bundesebene im Kontext der Corona-Krise wahr?

Barrientos: Ich erinnere mich noch gut an eine Debatte 2018, die mich wirklich erschüttert hat. Damals forderte meine Fraktion, dass Soloselbstständige allgemein, aber eben auch Künstler*innen besser abgesichert werden müssen. Die Debatte zeigte mir, dass die meisten Abgeordneten aus dem Ressort Arbeit und Soziales überhaupt keine Vorstellung davon hatten, wie es sehr vielen Kulturmacher*innen geht, wie hart am Wind sie segeln. Ich selbst kam ja aus der Branche in den Bundestag. Ich war Verlegerin und als Künstlerin auf Bühnen unterwegs. Ich wusste also sehr gut, wie man sich von Monat zu Monat hangelt. Und klar, dass gerade Künstler*innen eher Kunst machen, als zu jammern, hat auch damit zu tun, dass sie ihre Arbeit einfach leidenschaftlich gern machen, dass sie ihnen mehr Berufung als Beruf ist. Der Preis für die Selbstverwirklichung ist aber die Selbstausbeutung. Das darf aber natürlich nicht dazu führen, dass Kulturförderung so gestaltet ist, dass sie die Selbstausbeutung nicht nur billigend in Kauf nimmt, sondern

sogar voraussetzt und befördert. Aber kommen wir zu den Kultur-Debatten im Corona-Kontext. Es wurde erstaunlich viel über Kultur gesprochen, über die Systemrelevanz von Kultur. Es gibt mehr Sensibilität dafür, dass die ökonomischen Probleme der Kulturmacher*innen auf strukturelle Schieflagen der Förderpolitik zurückzuführen sind, dass die Probleme also systemimmanent sind. Die Erkenntnis ist zumindest bei Kulturpolitiker*innen da, allerdings wird die Notlage von der Mehrheit im Parlament nur auf die Pandemie zurückgeführt. So droht die Gefahr, dass es nur temporäre Lösungen gibt. Natürlich ist es richtig und wichtig, dass der Kulturbereich ohne größere Schäden durch die Krise kommt. Da ist schnelles, unkonventionelles Handeln gefragt: In Frankreich bekommen gerade alle 18-Jährigen einen Kulturgutschein in Höhe von 300 Euro. Warum können wir so etwas nicht mal in Deutschland machen? Davon profitieren die Kulturmacher*innen und es sorgt für kulturelle Teilhabe gerade in armen Familien.

Wie ließe sich die soziale Lage der freien Szene oder von Soloselbstständigen verbessern?

Wir müssen etwas an der fehlenden sozialen Absicherung im Kulturbereich verändern. Die normalen Grundlagen des Sozialversicherungssystems sind für viele der darin vertretenen Branchen nicht ausreichend. Ich bin zwar nicht dafür, dass es ein bedingungsloses Grundeinkommen geben sollte. Aber ich bin sehr wohl dafür, dass es eine sanktionsfreie, bedingungslose Grundversicherung in angemessener Höhe gibt. Das darf dann aber nicht zur Subvention für schlechte Löhne werden. Die Herausforderung ist, dass es eine Vielzahl unterschiedlicher Arbeitsweisen und Verdienstformen in diesem Bereich gibt und eine einheitliche Lösung für alle Kulturmacher*innen schwierig werden dürfte. Wir müssen daher mit Vertreter*innen der einzelnen Branchen diskutieren, wie sich die Situation in den Sparten verbessern lässt. Da gibt es vielfach schon gute Vorschläge der unterschiedlichen Fachverbände, die als Mindeststandards in kulturpolitische Programme einfließen können. Es ist ein Skandal, dass selbst die Fördermittelvergaben des Bundes nicht an soziale Rahmenbedingungen – etwa Honoraruntergrenzen oder etwa Ausstattungsvergütungen – gekoppelt sind. Dies



Kooperationen und Kulturpolitik

Zwischen politischer Forderung, Digitalisierung und Kulturmanagement

Michael Grisko / Tobias J. Knoblich (Hrsg.): *Kooperationen und Kulturpolitik. Zwischen politischer Forderung, Digitalisierung und Kulturmanagement*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2021 (66 S., 12 Euro)

»Ohne Kooperation keine Kultur und auch keine Kulturpolitik. Doch wie funktioniert Kooperation im Kulturbereich genau? Sie zieht sich durch alle Ebenen und Aktionsbereiche, sie hilft Aufgaben teilen, will aber auch organisiert sein. Immer zielt sie auf die Zone des Gemeinschaftlichen. Diese wird allerdings nicht nur vom Staat und den Kommunen bespielt, sondern sehr stark von der Zivilgesellschaft, die selbst Ausdruck von Kooperationsbeziehungen ist.

Der Band zeigt auch anhand von Beispielen auf, wie Kooperation ins Werk gesetzt wird und welche institutionellen Formen von Kooperation es gibt. Er verfolgt damit die Ziele der Reihe »Aktuelle Beiträge zur Kulturpolitik«, gegenwärtig relevante Themen prägnant zu erschließen und die Debatte zu bereichern.«

ist umso problematischer, da immer mehr Projektmittel in den Kulturbereich gepumpt werden, die kaum noch eine nachhaltige Strukturentwicklung und damit eine sicherere Finanzierung möglich machen.

Wie sollte die Kulturpolitik auf Bundesebene auf entsprechende Forderungen reagieren?

Zahlreiche Interessenvertretungen und Gewerkschaften wie der Bundesverband Freie Darstellende Künste oder der VS – Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller (ver.di) fordern schon lange verbindliche Honoraruntergrenzen und -standards. Die Förderpolitik auf Bundesebene sollte sich daran ausrichten. Es wäre ein wichtiger erster Schritt und ein starkes Signal, die Vergaben entsprechend existierender Vorschläge zu prüfen und dadurch die soziale Lage von Kulturmacher:innen zu verbessern. Auch über die Honorare hinaus wäre es sinnvoll, wenn der Bund verbindliche Rahmenbedingungen für eine faire und ökonomisch-gerechte Kulturarbeit definieren könnte. Stichworte sind hier neben guter Arbeit Geschlechtergerechtigkeit, Diversität und Nachhaltigkeit. Leider blockiert der Kulturföderalismus aber häufig wirkliche Verbesserun-

gen. Insgesamt agiert die Kulturpolitik auf Bundesebene eher schwerfällig. Das ist alles wie ein großer Tanker, unglaublich langsam, unglaublich unbeweglich. Wenn man jetzt anfängt, neu zu denken, dann heißt es in der Konsequenz, dass erst in der nächsten oder übernächsten Legislaturperiode etwas passiert. Umso wichtiger ist es deshalb, dass wir schon jetzt die Weichen für fairere Förderbedingungen stellen.

Wie könnten diese Weichenstellungen aussehen?

Meiner Meinung nach ist es absurd, dass Kultur in Deutschland nicht flächendeckend zu den Pflichtaufgaben gehört. Die Demokratierelevanz dieses Bereichs dürfte inzwischen doch sehr deutlich geworden sein. Deshalb halte ich auch das Kooperationsverbot im Kulturföderalismus für schwierig, da es dazu führt, dass sich Bund und Länder bei kulturpolitischen Fragen gegenseitig den schwarzen Peter zuschieben. Vielmehr bräuchte es doch ein Kooperationsgebot, dass eher dazu führt, dass beide Seiten in der Pflicht sind und sich besser abstimmen müssen. Sicherlich sollten die Länder ihre Gestaltungshoheit in diesem Politikfeld behalten. Aber es ist notwendig, dass der Bund die

Länder finanziell entlastet und damit eine Absicherung kultureller Infrastrukturen auch im Sinne einer sozial-gerechteren Förderungspolitik gewährleistet. In diesem Zusammenhang steht es für mich außer Frage, dass wir ein Bundeskulturministerium benötigen, um die Rolle der Kultur auf Bundesebene insgesamt aufzuwerten.

Welche Impulse erhoffen Sie sich durch ein Bundeskulturministerium?

Kultur könnte auf diese Weise eine höhere Bedeutung erlangen, da das Ressort dann im Kabinett angemessen vertreten wäre und nicht nur über den Katzentisch vom Bundeskanzleramt. Dadurch hätte dieses Ressort nicht nur symbolpolitisch einen größeren Einfluss, sondern könnte die eigenen Interessen im politischen Prozess stärker einbringen und durchsetzen. Kulturpolitik ist kein Nischenfach und auch nicht nur das Sahnehäubchen. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir stärker ressortübergreifend denken und die hier angesprochenen Themen an runden Tischen auch mit Politiker:innen anderer Ressorts diskutieren.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Dr. Henning Mohr ■